

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0014-I/A/5/2017

Wien, am 31. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an meine Amtsvorgängerin gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 11524/J der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 5:

- *Sind Ihnen als zuständiger Gesundheitsministerin die unhaltbaren Zustände, die während der Weihnachtszeit und Grippewelle in den Spitälern des Wiener KAV geherrscht haben bekannt?*
- *Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie als zuständige Gesundheitsministerin gegen diese Zustände ergreifen?*
- *Wie werden Sie insbesondere die menschenunwürdige und den Patientenrechten entgegengesetzte Unterbringung von Kranken in Gangbetten abstellen?*
- *Können Sie sich hier ein gesetzliches Verbot bzw. gesetzliche Maßnahmen im Rahmen einer Novelle des Krankenanstaltengesetzes vorstellen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Angelegenheiten der Heil- und Pflegeanstalten sind gemäß Art. 12 Abs. 1 Z 1 B-VG Bundessache hinsichtlich der Gesetzgebung über die Grundsätze. Die vorliegende Anfrage betrifft daher nicht meine Vollzugsverantwortung.

Die während der Weihnachtszeit eingetretenen Engpässe in einzelnen Fachbereichen in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes sind daher auch nur aus diversen Medienberichten bekannt.

Ein gesetzliches Verbot auf Bundesebene müsste auf Grundsätze beschränkt sein, tatsächlich ist das organisatorische Management in den betreffenden Krankenanstalten angesprochen.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

